

**Öffentliche Niederschrift über die
Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (10. Wahlzeit)
des Landkreises Trier-Saarburg
am 09.11.2017 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **18:00** Uhr

Ende: **19:25** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels

Mitglieder

Herr Günter Britten

Herr Johannes Geltz

Herr Johannes Gorges

Herr Rolf-Peter Hippchen

Herr Sascha Kohlmann

Vertretung für Herrn Franz-Josef Reiter

Vertretung für Frau Iris Hess

Vertretung für Herrn Johannes Carduck,
bis 19:15 Uhr

bis 19:10 Uhr

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Lutwin Ollinger

Frau Jutta Roth-Laudor

Herr Peter Schiwiek

Frau Katharina Zimmer

Verwaltung

Herr Norbert Etringer

Herr Christoph Fuchs

Herr Maximilian Junkes

Herr Rudolf Müller

Herr Rolf Rauland

Frau Judith Waibel

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Johannes Carduck

Frau Iris Hess

Frau Alexandra Lehnen

entschuldigt

entschuldigt

Vertretung für Herrn Markus Thul, entschuldigt

Herr Franz-Josef Reiter

Herr Markus Thul

entschuldigt

entschuldigt

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Felix Haun

entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	entschuldigt
Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Die Vorsitzende, Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss). Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende verpflichtet sodann Herrn Rolf-Peter Hippchen auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten gemäß § 23 Abs. 2 i.V.m. § 40 der Landkreisordnung (LKO).

Daraufhin beschließt der Ausschuss einstimmig die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung, sowie einstimmig bei einer Enthaltung die Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 „Maßnahme zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements für den Landkreis Trier-Saarburg im Rahmen des Förderprogramms „Bildung integriert“.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Beratung des Haushaltsplanes 2018; Beschlussempfehlung für den Teilhaushalt 3 – Abteilung 3 „Gebäudemanagement“ und Abteilung 5 „Schulen und Bildung“
Vorlage: 0404/2017**
- 2. Beratung des Haushaltsplanes 2018; Beschlussempfehlung für den Teilhaushalt Abteilung 2 „Kulturreferat“.
Vorlage: 0405/2017**
- 3. Satzungsänderung Kreismusikschule
Vorlage: 0429/2017**
- 4. Satzungsänderung Kreisvolkshochschule
Vorlage: 0430/2017**
- 5. Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg**

Vorlage: 0424/2017

- 6. Integratives Schulprojekt Schweich - Zweckvereinbarung der Kostenträger der Förderschule**
Vorlage: 0371/2017/1
- 7. Sport-/Schulinfrastruktur am Standort Schweich - Übernahme der Bodenländchen-Halle durch den Landkreis Trier-Saarburg**
Vorlage: 0398/2017/1
- 8. Anträge Heimat- und Mundartförderung**
Vorlage: 0431/2017
- 9. Mitteilungen und Verschiedenes**

Öffentlicher Teil

1. Beratung des Haushaltsplanes 2018; Beschlussempfehlung für den Teilhaushalt 3 – Abteilung 3 „Gebäudemanagement“ und Abteilung 5 „Schulen und Bildung“ Vorlage: 0404/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** führt kurz in die Thematik ein. Ausschussmitglied **Ollinger** merkt an, dass die Sitzungsunterlagen erst sehr spät zugegangen seien.

Herr **Rauland** erläutert zu den geplanten Investitionen, dass diese bereits unterjährig häufig in den Gremien thematisiert worden seien und auch im nächsten Jahr weiterhin thematisiert werden. Weiterhin erklärt er, dass eine, für die Umsetzung zahlreicher neuer Projekte vorgesehene Verwaltungsmitarbeiterin, die Kreisverwaltung aus persönlichen Gründen verlassen wird und es somit zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Projekte kommen könne. Die Neubesetzung der Stelle sei jedoch bereits eingeleitet. Ausschussmitglied **Kohlmann** erfragt, warum für die Sanierung der Grund- und Realschule plus Kell am See / Zerf für 2018 keine Gelder im Haushalt veranschlagt werden. Herr **Rauland** erklärt, dass die bisher nicht benötigten Ausgabeermächtigungen aus 2017 ins nächste Jahr übertragen werden und somit in 2018 zur Verfügung stehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Schulträgerausschuss erklärt sich mit dem vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes 2018, Teilhaushalt 3 – Abteilung 3 „Gebäudemanagement“ und Abteilung 5 „Schulen und Bildung“ einverstanden und empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag, dem Verwaltungsentwurf zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

2. Beratung des Haushaltsplanes 2018; Beschlussempfehlung für den Teilhaushalt Abteilung 2 „Kulturreferat“. Vorlage: 0405/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** übergibt zu diesem Punkt das Wort zunächst an die Leiterin der Kreismusikschule, Frau **Waibel**.

Frau Waibel stellt die haushalterische Entwicklung der Kreismusikschule dar. Es zeigt sich hierbei, dass sich das Defizit der Kreismusikschule im Vergleich zu den Vorjahren nicht verringert habe. Sodann stellt Frau Wai-

bei verschiedene Lösungsansätze zur Verringerung des Defizites vor. So soll beispielsweise die Familienermäßigung beim Besuch mehrerer Familienmitglieder sinken. Ausschussmitglied **Roth-Laudor** führt hierzu jedoch aus, dass diese Maßnahme aufgrund der niedrigen Fallzahlen kaum zu nennenswerten Einsparungen führe.

Weiterhin sollen die Ermäßigungen für Besucher, bei denen die Entrichtung der Gebühr eine Härte darstellt, von 100 % auf 50 % sinken. Zu diesem Einsparungsvorschlag erfolgt eine Aussprache zwischen den Ausschussmitgliedern Frau **Dr. Meß**, Herrn **Ollinger**, Herrn **Kohlmann**, Herrn **Gorges**, Frau **Zimmer** und Herrn **Geltz**. Während Frau **Dr. Meß** eine Kürzung der Ermäßigungen für nicht vertretbar hält, begrüßen die Ausschussmitglieder **Ollinger** und **Kohlmann** den Vorschlag der Verwaltung. Ausschussmitglied **Zimmer** schlägt vor, eine einkommensabhängige Staffelung der Ermäßigungen vorzunehmen. Dies sei jedoch aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes nicht praktikabel, so Frau **Waibel**.

Ausschussmitglied **Geltz** erfragt, ob bei den vorgelegten Zahlen bereits die Einsparungsvorschläge mit berücksichtigt seien. Dies wird durch Herrn Büroleiter **Fuchs** verneint. Herr Fuchs erklärt, dass durch den Landesrechnungshof Einsparungen gefordert worden seien. Der Deckungsgrad der Kreismusikschule müsse unbedingt verbessert werden. Herr **Müller**, Leiter der Kreisvolkshochschule, führt aus, dass die Finanzstruktur der Kreismusikschule vergleichbar mit der Kreisvolkshochschule sei. Die Kreisvolkshochschule habe bereits vor 7 Jahren die Ermäßigungen gekürzt. Die Erfahrungen hieraus seien sehr positiv, da ein Mitgliederrückgang nicht zu verzeichnen sei.

Ausschussmitglied **Gorges** schlägt als Kompromiss eine Kürzung der Ermäßigung auf 75 % vor. Über diesen Antrag soll jedoch erst beim Tagesordnungspunkt „Satzungsänderung der KMS“ abgestimmt werden, so die **Vorsitzende**.

Sodann stellt Herr **Müller** kurz die Haushaltsansätze der Kreisvolkshochschule vor.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien stimmt den vorliegenden Ansätzen des Haushaltsplans für das Jahr 2018, Teilhaushalt 2, Kulturreferat, zu und empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag, dem Verwaltungsentwurf zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei drei Enthaltungen beschlossen.

3. **Satzungsänderung Kreismusikschule**
Vorlage: 0429/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist zu diesem Tagesordnungspunkt auf die Vorlage. Aufgrund des Vorschlages der **Vorsitzenden** und Frau **Waibel** sollen im Satzungsentwurf zwei kleine redaktionelle Änderungen erfolgen. So soll in § 8 der Satzung der Passus „21 Jahren“ entfallen. in § 17 Abs. 2 der Satzung soll das Wort „Vokalunterricht“ ergänzt werden. Sodann erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

1) Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss) empfiehlt dem Kreisausschuss einer Satzungsänderung hinsichtlich der Reduzierung der Ermäßigung der Gebühren für Erziehungsberechtigte, die Leistungen nach dem SGB II/SGB XII (Grundsicherung) beziehen von 100 % auf 50 % zuzustimmen (§ 19 Abs. 3).

2) Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss) empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag auf Grundlage der vorliegenden Synopse eine Satzungsänderung in den angeführten Punkten (mit Ausnahme von § 19 Abs. 3) zum 01.03.2018 (Schulhalbjahr der Kreismusikschule).

Abstimmungsergebnis:

- 1) Mehrheitlich bei 6 Ja und 5 Nein Stimmen beschlossen.
- 2) Mehrheitlich bei 7 Ja und 4 Nein Stimmen beschlossen.

4. **Satzungsänderung Kreisvolkshochschule**
Vorlage: 0430/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage. Da hierzu keine Wortmeldungen vorliegen erfolgt sodann die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag die vorliegende Satzungsänderung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

5. Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg Vorlage: 0424/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** erläutert kurz die Vorlage. Ausschussmitglied **Roth-Laudor** erfragt, warum an den Schulen unterschiedlich hohe Kosten für die Mittagsverpflegung entstehen. Herr **Etringer** erläutert, dass mit den unterschiedlichen Caterern verschiedene Beträge vereinbart sind. Dies begründet sich mit unterschiedlichen Essensangeboten sowie unterschiedlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Ausstattung oder dem vorgehaltenen Personal in den Mensen vor Ort. Ausschussmitglied **Dr. Meß** erfragt, ob sich durch die Satzung auch die Beiträge zur Mittagsverpflegung pro Kind verändern. Dies wird durch Herrn **Rauland** verneint, der noch einmal verdeutlicht, dass es beim Erlass der Satzung lediglich um die Klarstellung des rechtlichen Rahmens hinsichtlich der Erhebung der Beiträge zur Mittagsverpflegung handele. Sodann erfolgte eine Aussprache zwischen den Ausschussmitgliedern **Dr. Meß** und **Kohlmann** bezüglich des Begriffs „sozialschwach“.

Ausschussmitglied **Ollinger** sieht in der Situation der Mittagsverpflegung einen grundsätzlichen Klärungsbedarf, welcher in der nächsten Sitzung ausführlich besprochen werden sollte. Es stellt sich die Frage, wie künftig mit Essensgeldrückständen umgegangen werden soll. Herr **Rauland** stimmt Herrn Ollinger zu. Es gehe im Kern um die Thematik, ob ein Kind, welches die Essensgeldforderungen nicht beglichen habe vom Mittagessen ausgeschlossen werden soll oder nicht. Fraglich sei jedoch, ob dies zumutbar und verantwortbar sei. Herr **Etringer** erklärt, dass die Essensgeldrückstände im Landkreis Trier-Saarburg im Vergleich zu anderen Kommunen nicht höher seien. Kurz stellt er das kürzlich beschlossene Modell des Landkreises Bernkastel-Wittlich vor, bei dem nicht zahlende Kinder nach einer Kulanz von vier Essen von der Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden. Die Erfahrungswerte aus diesem Landkreis bleiben somit abzuwarten. Die **Vorsitzende** und Herr **Rauland** geben indes zu bedenken, dass die Kinder von einem Ausschluss vom Mittagessen sehr stark betroffen sind, jedoch den Ausschluss nicht zu verantworten haben.

Beschluss:

Der Schulträgerausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag, dem Vorschlag der Verwaltung zur Bereinigung der Forderungslisten aus rückständigen Essensgeldern für den Zeitraum von 2004 bis

einschließlich 2013 in Höhe von insgesamt 80.037,66 Euro im Rahmen eines Forderungsverzichts zuzustimmen. Die Finanzabteilung wird beauftragt, diese Forderungen auszubuchen.

Weiterhin empfiehlt der Schulträgerausschuss dem Kreisausschuss und dem Kreistag eine Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Mittagsverpflegung an den Ganztagschulen in der Trägerschaft des Landkreises Trier-Saarburg, entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf der Verwaltung, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

6. Integratives Schulprojekt Schweich - Zweckvereinbarung der Kostenträger der Förderschule
Vorlage: 0371/2017/1

Protokoll:

Die **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Rauland**, der die Vorlage näher erläutert. Herr **Junkes** gibt hierzu noch ergänzende Informationen. Nachdem keine Wortmeldungen hierzu vorliegen erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien empfiehlt den Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Trier-Saarburg einerseits und der Stadt Trier, dem Landkreis Bernkastel-Wittlich sowie dem Eifelkreis Bitburg-Prüm andererseits über die Beteiligung an den Kosten der Treverer-Schule am neuen Schulstandort in Schweich auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs.

Der Beschluss gilt unter dem Vorbehalt, dass alle genannten Kostenträger dem Abschluss der Zweckvereinbarung zustimmen.

Die Zweckvereinbarung aus dem Jahr 1986 gilt für die Treverer-Schule am bestehenden Schulstandort in Trier bis zum Zeitpunkt der Verlegung der Schule nach Schweich unverändert weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7. **Sport-/Schulinfrastruktur am Standort Schweich - Übernahme der Bodenländchen-Halle durch den Landkreis Trier-Saarburg**
Vorlage: 0398/2017/1

Protokoll:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8. **Anträge Heimat- und Mundartförderung**
Vorlage: 0431/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Müller**, welcher die Anträge kurz erläutert.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien stimmt der Bewilligung von einmaligen Zuschüssen

- für den Kulturgeschichtlichen Verein Hochwald e.V. in Höhe von 800 EUR
- für die Gemeinde Ockfen in Höhe von 800 EUR

zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9. **Mitteilungen und Verschiedenes**
Vorlage: 0434/2017

Protokoll:

Die **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn **Etringer**. Herr Etringer erläutert kurz den Sachstandsbericht der Bildungskoordination für Neuzugewanderte.

Herr **Rauland** teilt dem Ausschuss sodann folgende Punkte mit:

- Auf der Homepage des Landkreises befindet sich nun ein Link zum interaktiven Haushalt.
- Aus dem Investitionsprogramm des Bundes KI 3.0 stehen dem

Landkreis insgesamt 6,4 Mio Euro zur Erneuerung der Schulinfrastruktur zur Verfügung.

- Der Schulleiter des Gymnasiums Hermeskeil wurde zwischenzeitlich durch die Staatsanwaltschaft angeklagt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Die Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels)

(Martin Meyer)